

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbbn d

Inhalt

Anke Fuchs MdB, Bundesfamilienministerin, begrüßt die Aktivitäten von Selbsthilfegruppen: Alter und Einsamkeit.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB weist die Forderung des bayerischen Staatsministers Jaumann nach Einführung einer Autobahngebühr zurück: Fahrer leisten bereits ihren Finanzierungsbeitrag über die Mineralölsteuer.

Seite 3

Georg Schlaga MdB stellt fest, daß verbale Kraftakte an DDR-Verhältnissen nichts ändern: Löwenthal unterwandert den Bundestag.

Seite 4

Brigitte Traupe MdB unterstreicht, daß in der Bundesrepublik weiterhin Politik gemacht wird: Wohin führt der Weg?

Seite 5

37. Jahrgang / 171

9. September 1982

Alter und Einsamkeit

Zunehmend helfen Selbsthilfegruppen

Von Anke Fuchs MdB
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Nach ihrem Tod sind sie manchmal für makabre Schlagzeilen gut: Alte Menschen, die monate- oder gar jahrelang tot in ihrer Wohnung gelegen hatten, ohne, daß sie jemand vermißt hätte. Alter und Einsamkeit gehen in der Zeit der Hochhaus-Appartements stärker Hand in Hand denn je.

In einer Stadt wie Bochum zum Beispiel erklärten Hunderte alter Menschen bei einer Befragung von 8.000 Personen, sie hätten niemanden, der sich um sie kümmert.

Wo die privaten Netze gerissen sind, wird nach öffentlichen Hilfen gerufen. Doch da fehlt zunehmend das nötige finanzielle Polster um ausreichenden Ersatz für Familie und Nachbarschaft zu schaffen. Ehrenamtliche Dienste gewinnen daher in letzter Zeit zunehmend an Bedeutung. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit fördert diese Entwicklung seit einigen Jahren und hat jetzt die erste Bilanz gezogen.

Gespräche, die ihre Einsamkeit mildern, empfinden die alten Menschen als wichtigste Hilfe, wie sich bei allen bisher gelaufenen Modellprojekten herausstellte. Praktische Alltagshilfe und pflegerische Arbeit gehören zwar auch dazu,



stehen aber nur an zweiter Stelle. Auch die Helfer profitieren von dieser Tätigkeit. Viele von ihnen sind selbst Senioren, die dadurch wieder einen ausgefüllten Alltag erleben. Entsprechend groß ist auch die Bereitschaft, solche Hilfe zu übernehmen.

Jedoch ergeben sich auch Schwierigkeiten bei den Diensten. Konflikte sind zum Beispiel nicht zu vermeiden, wenn die ehrenamtlichen Helfer in Heime gehen. In deren Organisationen sind sie einfach nicht vorgesehen, so daß es zu Reibereien mit dem Heimpersonal kommt.

Auch zeigten alle Modellvorhaben, daß es nötig ist, die "Ehrenamtlichen" auszubilden, damit sie unter anderem die gesetzlichen Bestimmungen besser kennen.

Dadurch wird jedoch der Wert dieser Hilfe vor allem als Betreuung einzelner Personen nicht gemindert.

Fast parallel zu den ehrenamtlichen Diensten entwickelten sich in den letzten Jahren zunehmend Selbsthilfegruppen. Einige davon hat das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit finanziell unterstützt, vor allem den Alterstreff Ulm ein Dienstleistungszentrum für Senioren oder den Verein "Sport für betagte Bürger", der Gesundheit und soziale Kontakte fördert.

Ältere und auch jüngere Menschen, die an einer ehrenamtlichen Tätigkeit interessiert sind, sollten sich zunächst an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege (Diakonisches Werk, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher paritätischer Wohlfahrtsverband) wenden, die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen sind (Franz-Lohe-Str. 19, 5300 Bonn 1). Aber auch die einzelnen Pfarreien sind Ansprechpartner für alle diejenigen, die zu helfen gewillt sind.

Darüber hinaus gibt es eine "Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Selbsthilfegruppen" - Friedrichstr. 28, 6300 Gießen. Sie ist ein lockerer Zusammenschluß von Gruppen und Personen, die Interesse an der Verbreitung und Verwirklichung des Selbsthilfegedankens haben und bietet die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und Informationen auszutauschen.

(-/ 9.9.1982/ks/ca)

+ + +



Jaumann will deutsche Autofahrer zur Kasse bitten

Fahrer leisten bereits Finanzierungsbeitrag über Mineralölsteuer

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Der bayerische Staatsminister Jaumann will nach einer Pressemitteilung ausländische Autofahrer, die die Autobahnen in der Bundesrepublik benutzen, zur Kasse bitten. Da nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine solche Maßnahme nur für Deutsche und Ausländer zulässig wäre, würden damit erneut die deutschen Autofahrer zur Kasse gebeten.

Im Übrigen ist die Jaumann'sche Forderung nach "Gleichbehandlung" vorschneidlich und führt nicht zur Gleichbehandlung. Aufgrund der unterschiedlichen Finanzierungssysteme für den Autobahnbau bei uns und im Ausland ergeben sich nämlich unterschiedliche Tatbestände. Zwei Finanzierungssysteme stehen sich gegenüber. Bei uns werden die Autobahnen über einen Teil der Mineralölsteuer finanziert, im Ausland dagegen zum Teil über die Autobahngebühren.

Bei uns führt dieses System dazu, daß alle Benutzer der Autobahnen für Bau und Unterhaltung aufkommen, mit jeder Tankfüllung bezahlen sie ja Mineralölsteuer. Und dies gilt für ausländische Autofahrer ebenso wie für deutsche, denn beide tanken ja auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Ausland zahlen auch alle Autobahnbenutzer für Finanzierung und Unterhalt der Autobahnen, aber eben mit der Autobahngebühr.

Eine Schlechterstellung deutscher Autofahrer im Ausland gegenüber den dort einheimischen Autofahrern liegt also nicht vor. Beide zahlen Autobahngebühr. Auch bei uns ist eine Schlechterstellung deutscher Autofahrer gegenüber Ausländern nicht zu erkennen, beide zahlen ja Mineralölsteuer und tragen so zur Finanzierung der Autobahnen bei. Eine Autobahngebühr, wie im Ausland beim Einfahren oder Verlassen der Autobahn erhoben, brächte beinahe mehr Verwaltungsaufwand und damit Kosten, als an Einnahmen erhoben werden könnte. Auch andere Lösungen, etwa ein Plaketten-System, sind nicht zu rechtfertigen. Kostenorientierte Autofahrer würden natürlich die nichtgebührenpflichtigen nachgeordneten Straßen wie Bundes- und Landesstraßen benutzen. Verbunden damit wäre ein Verlust an Straßenverkehrssicherheit.

Entweder kannte Herr Staatsminister Jaumann diese Sachverhalte nicht oder will er in Kenntnis der Notwendigkeit der Gleichbehandlung von deutschen und ausländischen Autofahrern auch eine Autobahngebühr in Deutschland für deutsche Autofahrer? Dies ist nicht unsere politische Auffassung. Wir lehnen eine erneute Belastung der deutschen Autofahrer ab und erwarten von Herrn Jaumann eine klare Präzisierung seiner Forderung.

(-/9.9.1982/ks/ca)

+ + +



Löwenthal unterwandert den Bundestag

Verbale Kraftakte und Anklagen ändern DDR-Verhältnisse nicht

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Der innerdeutsche Ausschuß veranstaltete am Mittwoch eine öffentliche Anhörung zum Thema "Erfahrungen politischer Häftlinge betreffend die Zustände in den Haftanstalten der DDR".

Die Entscheidung dafür, dieses Hearing öffentlich durchzuführen, erfolgte gegen die Mehrheit des Ausschusses (so sieht es die Geschäftsordnung vor). SPD und FDP-Abgeordnete des Ausschusses unterstützen die Politik der "humanitären Einzelhilfe" (Einzelentlassungen in die Bundesrepublik) der Bundesregierung und widersprechen der spektakulären Verallgemeinerung von Menschenrechtsverletzungen im Strafvollzug der DDR und den verbalen Kraftmeiereien, wie diese von der CDU/CSU praktiziert werden. Die Bundesregierung und die sie tragenden Abgeordneten wissen, daß laut Strafprozeßordnung und Strafvollzugsgesetz der DDR alle Strafverfahren und der Vollzug der sogenannten "Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit" dienen sollen und daß Verfahren und Vollzug parteilich im Sinne der gesellschaftlichen Vorstellungen der DDR praktiziert werden. Das heißt, die Rechtspolitik der DDR widerspricht diametral unseren Vorstellungen von Rechtsfindung, Rechtsprechung und Strafvollzug.

Das ist wahrlich nicht neu. Nur: Durch Anklagen und verbale Kraftakte läßt sich der Kern des DDR-Gesellschaftsverständnisses durch uns nicht knacken. Die Opposition weiß dies zwar; aber durch ihr Verhalten will sie ja in erster Linie die politische Arbeit der Bundesregierung stören.

Im Übrigen hat die Bundesregierung in den letzten beiden Jahren mehrere ausführliche Berichte unter anderem zu diesem Thema sowohl im Deutschen Bundestag wie auch im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen gegeben, ebenfalls zwei Anträge der Opposition, den Strafvollzug und die Wahrung der Menschenrechte in der DDR betreffend im Ausschuß und im Plenum debattiert. Im Juni 1980 fand eine Anhörung von ehemaligen politischen Häftlingen im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen statt. Durch diese Anhörung, wie auch durch die heutige Anhörung wurden die bisherigen Erkenntnisse der Bundesregierung bestätigt und erhärtet.

Die geladenen ehemaligen politischen Häftlinge haben sehr sachlich und sehr engagiert über ihre Haftzeit in DDR-Vollzugsanstalten berichtet. Ohne Zweifel beeindruckten besonders übereinstimmende Berichte über sehr unzureichende medizinische Betreuung, über qualitativ schlechtes Essen, und über fünfminütige Lichtkontrollen bei Nacht für Untersuchungshäftlinge und der Bericht eines ehemaligen politischen Häftlings, daß man ihm nicht erlaubte, am Begräbnis seiner Mutter teilzunehmen.

Die Ausschußmitglieder und Zuhörer sind den Ausführungen der ehemaligen politischen Häftlinge und der Sachverständigen aufmerksam gefolgt. Nur Herr Löwenthal vom ZDF verwechselte die Anhörung mit einer Pressekonferenz. Mit der bei ihm üblichen Kitzelhaftigkeit führte er auf seine Weise "Regie" und reihte Interview an Interview. 1 : 0 für Löwenthal? Das zu erreichen war offensichtlich die Absicht von CDU/CSU, als sie das Hearing beantragte.
(-/9.9.1982/ks/ca)

+ + +



Wohin führt der Weg?
-----**In der Bundesrepublik und in Bonn wird weiterhin Politik gemacht****Von Brigitte Traupe
Mitglied des Deutschen Bundestages**

Erstmals in meiner knapp sechsjährigen Tätigkeit als Bundestagsabgeordnete bin ich nun über acht Wochen lang nicht in Bonn gewesen. Nicht etwa, weil es dort für die SPD-Berichterstatteerin des Verteidigungsetats keine Arbeit gegeben hätte, sondern weil ich das Bedürfnis hatte, möglichst vielen Menschen im Wahlkreis und bei Besuchen von Bundeswehreinrichtungen deutlich zu machen, in welcher entscheidenden Phase wir uns augenblicklich befinden.

Der leider nur allzu häufig als Phantast abgewertete Erhard Eppler hatte 1975 ein Buch mit dem Titel "Ende oder Wende" herausgegeben, das kurzfristig Aufsehen erregte, aber dann schnell von der Tagespolitik überdeckt wurde. Erhard Eppler hatte, wie auch andere - Wissenschaftler, Philosophen, Theologen und Politiker - darauf aufmerksam gemacht, daß ein munteres Draufloswirtschaften, Drauflostechisieren und Drauflosrüsten die Menschheit in den Kollaps treiben würde. Aber da gerade auch die Bundesrepublik glaubte, mit der ersten Ölkrise 1973 bis 1975 fertig geworden zu sein, waren Appelle zur einschneidenden Kursänderung der Arbeitsmarkt- und der Finanzpolitik mitte der Siebziger Jahre zwar vorhanden, wurden aber nicht gehört! - Was nützte es dem SPD oder FDP oder CDU/CSU Haushaltsausschußmitglied des deutschen Bundestages, wenn es sich spätestens ab 1978 gegen die Ausgabenprogramme im Anschluß an internationale Konferenzen wandte, die Sonderzahlungen der Bundesrepublik für die EG und speziell Großbritannien kritisierte und das Steueränderungspaket S1 im April 1980 ablehnte? - Haben die Kollegen der CDU/CSU und Teile der FDP eigentlich so schnell vergessen, daß sie mit dem Schlagwort die Arbeitnehmer zahlten zu viele Abgaben und Steuern, massive Steuersenkungen für leitende Angestellte, höhere Beamte, Selbständige und Landtags- wie Bundestagsabgeordnete anstrebten?

Und schon redet Graf Lambsdorff wieder von Steuersenkungen, obwohl er genau weiß, daß in der Bundesrepublik Deutschland im März 1982 die öffentlichen Hände insgesamt mit 565 Milliarden DM verschuldet waren. Der Bund hatte davon 288 Milliarden DM, die Länder 169 Milliarden DM, die Gemeinden 103 Milliarden DM Schulden gemacht. Dazu kommen noch die Bundesbahn mit einem Schuldenstand im März 1982 von rund 35 Milliarden DM und die Bundespost mit rund 39 Milliarden DM zum selben Zeitpunkt.

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen betrug in der Bundesrepublik 1981 eine Billion 552 Milliarden DM. Das statistische Bundesamt schätzt den Anteil der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt für dasselbe Jahr auf 48 Prozent. Das bedeutet, jede zweite in der Bundesrepublik erwirtschaftete Mark ging damit durch die Kassen des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder der Sozialversicherungen.

Nun wäre dies an sich nicht zu verurteilen, wenn wir keine Arbeitslosen hätten, viel weniger Schulden des Staats allgemein besäßen und der Wohlstand gerecht aufgeteilt wäre. Doch genau hier liegen die Probleme. Die öffentlichen Hände haben wie viele Privatunternehmen und Privatleute zu viel Geld ausgegeben und dies gilt es nun bestimmt, aber nicht



gewaltsam zu korrigieren. Übrigens kann man dies nicht in zwei oder drei Jahren leisten, dazu brauchen viele Gemeinden, die meisten Bundesländer und der Bund schon die Achtziger Jahre, wenn sie die Bürger nicht zu massiv zur Kasse bitten wollen.

Mancher CDU-Wähler wäre fassungslos, wenn er erführe, wo überall "seine" Partei noch mehr Geld ausgaben wollte als die SPD/FDP-Koalition und wie vielen "teuren" Bundesgesetzen sie zugestimmt hat in den Siebziger Jahren. Außerdem bleibt es eine Tatsache, daß die von der CDU regierten Flächenländer Saarland, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Nordrhein-Westfalen oder Hessen aufwiesen. Der sehr schlechten Finanzlage Bremens kann man die so günstige Münchens entgegenhalten, wo die SPD bis 1978 den Oberbürgermeister stellte und bis 1981 auch noch der Stadtkämmerer ein Sozialdemokrat war. Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß die FDP oft, zu oft wirtschaftlich starke Gruppen geschätzt hat, wenn die Sozialdemokraten diese mehr oder zumindest korrekter Steuern zahlen lassen wollten.

Nur das gegenseitige Aufrechnen hilft überhaupt nicht weiter. Die SPD/FDP-Koalition im Bund und die CDU/CSU Bundesratsmehrheit sind aufgerufen, die Finanzen der öffentlichen Hände unter sachlichen Gesichtspunkten zu konsolidieren.

Die Bundesrepublik hätte im internationalen Vergleich die reale Chance, daß sie regierbar bleibt -, falls es nicht zu einer noch katastrophaleren Weltwirtschaftskrise kommen sollte, die nur die USA, die EG-Staaten, die Ölländer und der Ostblock gemeinsam verhindern können. Dazu benötigen wir einen hochqualifizierten, international in Wirtschafts- wie Sicherheitsfragen angesehenen Regierungschef: Helmut Schmidt.

Wir brauchen mehr Wissen und Verstand und weniger Geschwätzigkeit von Seiten der Politik. (Da darf jede der vier im Bundestag vertretenen Parteien zunächst vor der eigenen Tür kehren um festzustellen, wie sehr sie dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie geschadet hat.)

Die Bürger werden mit der schmerzhaften Wahrheit besser fertig, als es ihnen mancher hauptamtlicher Vertreter von Organisationen, Verbänden und auch Gewerkschaften einreden will.

Die Bundesregierung hat mit dem Haushalt 82 und dem für 83 zu erwartenden den Weg der Konsolidierung beschritten, auf dem ihr bereits Länder und Gemeinden folgen. Daß jemand, der finanzielle Opfer bringen soll, keinen Beifall klatscht, ist doch verständlich, entbindet jedoch keine Regierung, verantwortlich zu handeln. Die SPD/FDP-Regierung soll ihre Arbeit bis 1984 leisten und das Gezänk untereinander abstellen. Die CDU/CSU sollte in Bonn kritische Opposition und im Bundesrat sachkundiger Verhandlungspartner sein, damit über sinnvolle Kompromisse der freiheitliche Rechts- und Sozialstaat erhalten bleibt. So viele gibt es davon leider nicht auf der Welt. Und - die Bundesbürger werden auch weiterhin in einem der reichsten Staaten der Erde leben, ist das so gering einzuschätzen?

(-/9.9.1982/hi/ca)

+ + +

